

In China wird die Luft für Ausländer dünner

Nach der jüngsten Änderung des Anti-Spionage-Gesetzes kann selbst ein alltäglicher Austausch zur Gefahr werden

Matthias Kamp, Peking NZZ 2. Mai 2023

Künftig hat die chinesische Spionageabwehr auch Zugriff auf Handys.

Nachdem Chinas oberstes Gesetzgebungsorgan, der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses, in der vergangenen Woche eine Änderung des Anti-Spionage-Gesetzes verabschiedet hat, wächst auch bei Ausländern die Furcht vor allfälligen Konsequenzen. Stellte die vorherige Version des Gesetzes aus dem Jahr 2014 lediglich die Weitergabe von Staatsgeheimnissen und Geheimdienstinformationen unter Strafe, dehnt die Neufassung des Gesetzes die Definition von Spionage auf sämtliche «Dokumente, Daten, Materialien und Gegenstände, die Chinas nationale Sicherheit und nationale Interessen berühren», aus. Das revidierte Gesetz soll am 1. Juli in Kraft treten. Das neue Regelwerk ist ein weiterer Baustein in der Politik von Staats- und Parteichef Xi Jinping, die der nationalen Sicherheit angesichts einer angeblich rasant wachsenden Bedrohung durch den Westen höchste Priorität einräumt. Die nationale Sicherheit war bereits das beherrschende Thema der Rede Xis am Parteitag der Kommunistischen Partei im vergangenen Oktober.

Auch die staatliche Propaganda ruft die Bevölkerung seit Monaten zu erhöhter Wachsamkeit auf. In manchen Städten des Landes sind nachts die Fassaden von Hochhäusern mit roter Neonschrift erleuchtet. «Nationale Sicherheit – jeder Einzelne trägt Verantwortung», steht darauf. Um sein Land für mögliche Krisen und eine mögliche direkte Konfrontation mit den USA zu wappnen, will Xi es ausserdem von ausländischen Nahrungsmittel- und Technologielieferungen unabhängig machen. Chinas Staatschef rechnet für die Zukunft offenbar mit dem Schlimmsten.

Die chinesische Regierung hält Gesetze zumeist bewusst sehr vage. Das räumt den Behörden bei der Durchsetzung maximale Flexibilität ein. Wie die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua berichtete, fallen auch Cyberattacken und Angriffe auf kritische IT-Infrastruktur unter das neu gefasste Anti-Spionage-Gesetz. Ausserdem erlaubt das Gesetz der chinesischen Spionageabwehr den Zugriff auf Daten, elektronische Ausrüstung wie Laptops und Handys sowie auf Informationen über persönliches

Eigentum. Die Behörden können darüber hinaus Ausreiseverbote verhängen, beispielsweise für Vertreter ausländischer Firmen.

Maximale Flexibilität

Chinesische Politiker, Wissenschaftler und Journalisten dürften künftig aus Furcht vor den Folgen des neuen Regelwerks von Kontakten mit ausländischen Kollegen absehen. In der vergangenen Woche wurde bekannt, dass die Strafverfolgungsbehörden einen bekannten Kolumnisten der Parteizeitung «Guangming Daily» festgenommen haben. Der Journalist hatte sich regelmässig mit einem japanischen Kollegen getroffen. Fast zeitgleich wurde bekannt, dass die chinesischen Behörden einen taiwanischen Verleger festgesetzt haben, dessen Firma chinakritische Bücher herausgibt.

«Die Partei ist vorsichtig, ja regelrecht misstrauisch gegenüber Ausländern und stellt zumindest zeitweise Kontakte von Chinesen mit ihren ausländischen Kollegen in der Geschäftswelt, in der Wissenschaft, im Journalismus und auf anderen Feldern unter einen Generalverdacht», sagte Thomas Kellogg, Direktor des Georgetown Center for Asian Law, dem «Wall Street Journal». Das revidierte Anti-Spionage-Gesetz räume der Partei weitreichende Autorität ein, um gegen ausländische Kontakte vorzugehen, und stelle ein echtes Risiko für Ausländer dar, die in China lebten und arbeiteten, so Kellogg.

Gravierende Folgen dürfte das neue Regelwerk für ausländische Unternehmen in China haben. Selbst eine harmlose Marktforschung oder das Sammeln von Informationen über Wettbewerber könnte fortan unter das Anti-Spionage-Gesetz fallen. Unter den Firmen macht sich bereits Unsicherheit breit. Unternehmenschefs in China fürchten sich etwa vor der Durchsuchung von Geschäftsräumen und der Beschlagnahmung von Computern oder Handys. «Die europäische Business-Community ist sich der Situation bewusst und beobachtet die Entwicklung genau», sagt Jörg Wuttke, Präsident der Europäischen Handelskammer in China.

Vergangene Woche wurde bekannt, dass die chinesische Polizei Mitte April die Büros der amerikanischen Beratungsgesellschaft Bain & Company in Schanghai durchsucht und mehrere Mitarbeiter vernommen hatte. Das Unternehmen wollte sich zunächst nicht zu den Gründen äussern. Jüngst hat die chinesische Behörde für die Aufsicht des Internets ausserdem Ermittlungen gegen den US-Chiphersteller Micron aufgenommen. Unter amerikanischen Wirtschaftsvertretern in China macht sich Furcht breit, die chinesische Regierung könnte als Antwort auf die Politik der Eindämmung Chinas durch Präsident Joe Biden zu einem breiten Schlag gegen amerikanische Unternehmen ausholen.

Signal an Unternehmen

Die jüngsten Aktionen der chinesischen Behörden und das neue, schwammig formulierte Anti-Spionage-Gesetz stehen in krassem Widerspruch zu Pekings Bemühungen, ausländische Firmen zu einer Ausweitung ihrer Aktivitäten in China zu ermuntern. An der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses Anfang März hatte der damalige Ministerpräsident Li Keqiang noch versprochen, China werde die Bedingungen für ausländische Firmen weiter verbessern.

Ähnlich hatten sich Regierungsvertreter am China Development Forum Ende März in Peking gegenüber CEO von Konzernen wie Apple, Allianz und Airbus geäußert. Nach der Neufassung des Anti-Spionage-Gesetzes dürften sich Firmen aus dem Ausland ein weiteres Engagement allerdings genau überlegen. «Zu einer Zeit, da China proaktiv versucht, das Geschäftsvertrauen wiederherzustellen, um ausländische Investitionen anzuziehen, senden die Aktionen ein sehr gemischtes Signal», sagt Wuttke.